

Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.

Präsidium 17. März 2022, Bernburg

Präsidiumserklärung

Politische Korrekturen in der Agrarpolitik erforderlich – die Land-

wirtschaft kann Versorgungssicherheit liefern

5 <u>Internationale Lage</u>

Der Bauernverband Sachsen-Anhalt und seine assoziierten Verbände verurteilen den Krieg in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite des ukrainischen Volkes. Die Gedanken sind nicht nur bei landwirtschaftlichen Berufskolleginnen und -kollegen und deren Familien, die massiv unter den russischen Angriffen leiden. Wir unterstützen alle Initiativen, die dem Leiden der Zivilbevölkerung in der Ukraine umgehend Abhilfe verschaffen. Das Präsidium des Bau-ernverbandes Sachsen-Anhalt trägt die gegen das Regime in Russland gerichteten Maßnah-men der Bundes- und Landesregierung mit, auch wenn diese für unsere Branche sehr große Herausforderungen mit sich bringen. Es geht dabei um nicht weniger als die Bewahrung einer Friedensordnung in Europa und das Respektieren der territorialen Unverletzbarkeit von sou-veränen Staaten.

Landwirtschaft als Grundlage der Versorgungssicherheit

Neben einer gesicherten und bezahlbaren Energieversorgung ist die Versorgung mit Nahrungsmitteln essentiell für alle Bürger. Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass eine stetig voranschreitende flächendeckende Extensivierung unser heimischen Landwirtschaft kontraproduktiv ist. Der politisch motivierte Rückbau regionaler Tierhaltung, der hiermit verbundene Abbau von Arbeitsplätzen, die Gefährdung der Pflanzengesundheit durch Unterbedarfsdüngung und mangelnden Pflanzenschutz, und folglich ein Produktionsabbau und Rückgang von Wertschöpfung im ländlichen Raum, ist weder innerhalb noch außerhalb der Branche mehr vermittelbar. Wir haben uns seit Jahren in eine sichtbare Abwärtsspirale der landwirtschaftlichen Produktion begeben, mit sinkenden Selbstversorgungsgraden in einigen Bereichen. Diese Entwicklung muss beendet werden. Wir stehen als Branche zum Schutz der Biodiversität und zu regionaler Produktion, gleichzeitig erwarten wir von Landes- und Bundespolitik anzuerkennen, dass auch Landwirtschaft in überregionale Produktionsbeziehungen eingebunden ist. Diese sind im Sinne der Versorgungssicherheit unbedingt aufrechtzuerhalten.

Die infolge des Krieges in der Ukraine aktuell rasant steigenden Preise für Getreide und mineralische Düngemittel bergen hohe Risiken für den sozialen Frieden vor allem in Entwicklungsländern, aber auch bei uns in Europa. Ohne Düngung wächst kein Getreide, kein Gras, keine Sonderkultur und kein Gemüse. Die Düngemittelproduktion in Europa ist unbedingt zu sichern. Eine nachhaltige und klimagerechte intensive landwirtschaftliche Produktion unserer Betriebe sichert nicht nur unsere Unabhängigkeit, sondern wird auch unserer ethischen Verantwortung für Regionen mit geringerem Ertragspotential gerecht. Eine politisch gestärkte, heimische und nachhaltig produktive Landwirtschaft ist aktive Friedenspolitik über Grenzen hinweg. Unsere Landwirtschaft kann Versorgungssicherheit liefern, wenn die Politik es will!

_ .

Daher fordern und unterstützen wir:

- 1. Alle Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung, die unsere heimische Landwirtschaft in Gänze stärken. Wir stehen als Branche für Weiterentwicklung, das erwarten wir auch von politischer Führung.
- 2. Die Beendigung des politischen Ausspielens von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft. Märkte, Verbraucher und Standorte entscheiden, wie Betriebsleiter ihre Unternehmen ausrichten.
- 3. Zügige Planungssicherheit zur kommenden GAP ab 2023 unter Nutzung von Flexibilisierungsmöglichkeiten. Dazu sind alle Bundesländer aufgefordert, Parteipolitik muss nun endlich hintenanstehen. Flächendeckende Extensivierung und Produktionsverzicht zulasten der Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie sind kein Zukunftsangebot für die Gesamtgesellschaft.
- 4. Die unbedingte Stärkung unser noch vorhandenen landwirtschaftlichen Kreislaufwirtschaft unter Einbezug der Tierhaltung. Das ressourceneffiziente und klimaschonende Nutzen von natürlichen Mehrnährstoffdüngern ist eine Grundlage landwirtschaftlicher Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit. Weiterhin sollten auch Kreisläufe für Nebenprodukte für die Fütterung von Nutztieren aufrecht gehalten werden.
- Das Eintreten für eine bedarfsgerechte Pflanzenernährung und einen angepassten und modernen Pflanzenschutz, der hohe landwirtschaftliche Erträge und Qualitäten absichert.
- 6. Das umgehende temporäre Streichen der Mineralölbesteuerung. Die vorhandenen Marktpreise erfüllen die gewünschte Lenkungsfunktion. Es braucht eine Begrenzung der Kraftstoffpreise. In einer arbeitsteiligen Wirtschaft ist Transport ein wesentlicher Kostenfaktor für die landwirtschaftliche Produktionskette.
- 7. Die konsequente dauerhafte Nutzung von Biogasanlagen für die regionale grund- und spitzenlastfähige Energieproduktion. Stärkung der Wirtschaftsdüngervergärung durch den Abbau von Hemmnissen (150-Tage-Verweilzeit, Störfallverordnung, Sonderauflagen für Gärrestlagerung und -ausbringung); Zusätzliche Energieerzeugung z.B. mit Freiflächen-PV-Anlagen muss produktionsintegriert erfolgen (z.B. Agri-PV).
- 8. Ein zeitlich gestrecktes und gestaffeltes Inkrafttreten des neuen Mindestlohns von 12€. Die absehbaren Kostensteigerungen bei landwirtschaftlichen Erzeugern werden zu einem weiteren Absinken regionaler Produktion führen. Unter anderem Obst und Gemüse dürfen nicht zu einem Luxusgut für wenige werden. Über die Anpassung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns nach der Konzeption des MiLoG hat alle zwei Jahre eine unabhängige Kommission der Tarifpartner, die sich aus Vertretern der Arbeitgeberverbände sowie den Gewerkschaften zusammensetzt und außerdem von Wissenschaftlern beraten wird, zu entscheiden.

- 9. Eine kritische umgehende Überarbeitung des europäischen Green Deal und der Farm to Fork Strategie unter dem konsequenten Ansatz der Erhaltung von wirtschaftlich tragfähigen landwirtschaftlichen Betrieben und damit der dauerhaften Versorgungssicherheit in Europa.
 - 10. Den unbedingten Schutz des Eigentums landwirtschaftlicher Produktionsflächen im Rahmen der anstehenden europäischen Biodiversitätsstrategie. Wir stehen für Klimaschutz ein, der weitere Verlust von Produktionsflächen ist ethisch nicht zu verantworten.
- 87 Präsidium des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt
- * Zustimmung zur Erklärung durch folgende anwesende assoziierte Mitglieder:
- Agroservice & Lohnunternehmer Nordost e.V.
 - Fachprüfungsverband von Produktivgenossenschaften in Mitteldeutschland e.V.
- FVH Förderverband Humus e.V.
 - Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband Sachsen-Anhalt e.V.
 - Landesfischereiverband Sachsen-Anhalt e.V.
 - Landeskontrollverband Sachsen-Anhalt e.V.
 - Landfrauenverband Sachsen-Anhalt e.V.
 - Ländliche Erwachsenenbildung in Sachsen-Anhalt e.V.
- Landseniorenverband Sachsen-Anhalt e.V.
- 98 NAROSSA e.V.

83 84

85 86

90

92

93

94 95

96

100

99 • Rinderzuchtverband Sachsen-Anhalt eG